



# europa.ch

Das Magazin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz **nebs** Nr. 1/2020



**Der beste Schutz  
ist Zusammenhalt.**



**WIR  
EUROPÄER INNEN**

## INHALT

## HINTERGRUND

- 3 Aufruf vom 9. Mai 2020: Der beste Schutz ist Zusammenhalt
- 4 Die Bedeutung der Erklärung von Robert Schuman – 70 Jahre danach
- 5 Time for Change – Europas Zukunft ist unsere Zukunft

## INTERVIEW

- 6 Solidarität, ein wesentliches Element der EU als «Union»

## LITERATUR

- 9 Die Kraft der Demokratie
- 10 Abstimmung vom 27. September: «WIR EUROPÄER\*INNEN» sind bereit!

## SEKTIONEN

- 11 Die Covid-19-Pandemie stellt die EU auf die Probe

## INTERNATIONAL

- 12 Unser JEF-Spirit scheint sich in dieser Zeit zu verdoppeln

## YES

- 13 Für ein besseres Verständnis von Europa

## EURO-MYTHEN AUFGESPIESST

- 14 Europhobe, gebt euch etwas Mühe – ihr seid so laaangweilig!

## EU-SPOTS

- 15 Niemand gibt mehr für humanitäre Hilfe
- 15 Für mehr Wahlrechte von UnionsbürgerInnen
- 15 Das Zauberwort heisst «Kreislaufwirtschaft»

## SURFEN

- 15 Milliarden-Sprühregen ohne Schlagzeilen
- 15 Eldorado für Tüftler, Startup-Nerds und Neugierige

# In Krisen geboren

Liebe Leserin, lieber Leser,

«Europa wird durch Krisen entstehen und die Summe der Lösungen dieser Krisen sein.» Das alte Bonmot von Jean Monnet über die Logik der europäischen Integration ist in der gegenwärtigen Pandemie wieder höchst aktuell. Mit einem Schlag wurde unser vernetzter Kontinent durch einen exogenen Schock zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stillstand gezwungen. Die Pandemiebekämpfung zeigt glücklicherweise erste Erfolge. Doch was mit der Eindämmung der Gesundheitskrise begann, wird sich unweigerlich zu einer verheerenden Wirtschafts-, Finanz- und Sozial-

tern. Der gemeinsame Binnenmarkt ist für die Bewältigung dieser historischen Krise elementar. Europäische Zusammenarbeit ist allemal effizienter als ein Flickenteppich nationaler Einzelmassnahmen. Keine neue Erkenntnis. Corona-bedingt aber eine sehr schmerzhaft.

Die aufziehende Wirtschaftskrise und die besorgniserregenden Renationalisierungsbewegungen erfordern kühne Schritte und eine grundlegende Weichenstellung. Ziel muss es sein, die Europäische Union mit einer gewichtigeren finanziellen Handlungsfähigkeit, einer robusten Wirtschafts-



**Sebastian von Graffenried**

Vize-Präsident  
der Nebs Schweiz

krise ausweiten. Die Europäische Union als Garantin von Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand hat einmal mehr einen gewaltigen Stresstest zu bestehen.

Europäische Nationalstaaten fordern dabei die Europäische Union heraus. Denn die Antworten auf die Krise wurden zuerst national gesucht. Die abrupten Grenzschliessungen, das anfängliche Exportverbot für Schutzmaterial und das zögerliche Handeln bei der Hilfe an Dritte mag zwar auf den ersten Blick nachvollziehbar sein – auf den zweiten Blick irritiert es aber nachhaltig. Die Europäische Union blieb aussen vor, unter anderem auch, weil die Kompetenzen in der Gesundheits- und Finanzpolitik sowie für die innere Sicherheit weitgehend auf nationaler Ebene liegen. Die Auswirkungen des Virus bestätigen in aller Deutlichkeit, dass sich kein europäisches Land alleine versorgen kann, weder mit medizinischen noch mit landwirtschaftlichen Gü-

und Währungsunion und einer koordinierten Sozialpolitik auszustatten. Die Organe der Europäischen Union sind also mit Zuständigkeiten auszurüsten, die eine rasche und effiziente Krisenbewältigung ermöglichen, mit welchen auch andere strategische Herausforderungen der nahen Zukunft – von der Migration über die Digitalisierung bis zur Sicherheitspolitik – zu meistern sind. Nicht mehr *gegeneinander*, sondern *miteinander* muss die Devise lauten.

Seit ihren Anfängen hat man den europäischen Institutionen immer wieder ihr Ende vorausgesagt. Die europäische Integration hat sich jedoch bisher in allen Krisen weiterentwickelt – ganz im Sinne von Monnets Logik. Das Corona-Virus mit seinen Konsequenzen soll dabei keine Ausnahme sein. Denn auch im Zeitalter von «social distancing» sind *WIR EUROPÄER\*INNEN* nur vereint stärker. ★

# Aufruf vom 9. Mai 2020: Der beste Schutz ist Zusammenhalt

**Anlässlich des Europatages, des 75. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkriegs sowie des 70-Jahre-Jubiläums der Schuman-Erklärung ruft die Nebs zu mehr europäischem Engagement und einer Wiederbelebung unserer europäischen Integration auf.**

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 70 Jahre nach der Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 ist ein geeintes Europa unerlässlicher denn je. In einer Welt, die vor neuen Herausforderungen steht, ist die Zusammenarbeit auf unserem Kontinent lebenswichtig. Nationen können sich nicht hinter Grenzen verbarrikadieren. Ein Virus macht nicht vor Grenzen halt. Kein europäischer Staat – auch nicht die Schweiz – findet alleine den Weg aus der Corona-Krise. Der Schutz des Friedens, der Demokratie und unserer Freiheiten, der Erhalt un-

Europäische Solidaritätsmechanismus wurde aktiviert, Mittel für Forschung, Gesundheit und Wirtschaft bereitgestellt. Die EU lockerte ihre Haushaltsregeln, während die Europäische Zentralbank den Ankauf privater und öffentlicher Schulden drastisch ausbaute. Ebenso teilen die EuropäerInnen medizinische Güter, nahmen PatientInnen aus anderen Ländern auf, repatriierten BürgerInnen aus dem ganzen Kontinent. **Einmal mehr hat die Union gezeigt, dass sie Lösungen schafft, während Nationalismus Probleme nur verschärft.**

Die Schweiz war weder von den Schwierigkeiten verschont, noch wurde sie von der europäischen Zusammenarbeit ausgeschlossen. Die politische Isolation der Schweiz im Herzen der Union macht keinen Sinn; sie geht zulasten unserer Bevölkerung. Das war nie so klar wie jetzt. Die Schweiz ist europäisch, wir sind EuropäerInnen. Als

**WIR  
EUROPÄER INNEN**

seres Wohlstands, der Kampf gegen Ungleichheiten, der Gesundheits-, der Klima- und Umweltschutz, der digitale Wandel: All diese globalen Herausforderungen zeigen: **Der beste Schutz ist Zusammenhalt. Der beste Schutz für uns alle ist mehr Europa.**

In der gegenwärtigen Krise zeigen sich die Schwächen, aber eben auch die Stärken der EU. Sie ist kein Staat, sie ist eine Gemeinschaft. Ihre Mitglieder haben zuerst als Nationalstaaten, als Bundesländer oder Regionen reagiert. Die Europäische Union hat es dann aber fertig gebracht, eine gemeinsame und darum auch wirksame Strategie im Interesse aller zu entwickeln. Der

Nebs rufen wir unsere MitbürgerInnen und unsere Behörden auf, diese Sackgasse jetzt gemeinsam zu verlassen. Engagieren wir uns für unsere Schweiz in unserem Europa. Diskutieren wir ohne Tabus, mit Blick auf das Wesentliche. Die Zeit des Zauderns und Zögerns ist vorbei. Nehmen wir unsere europäische Integration wieder auf. Überlassen wir die öffentliche Diskussion nicht den Kleingeistern und Miesmachern. Unsere Sicherheit, unsere Gesundheit, unser Wohlstand und unsere Lebensperspektiven sollen nicht unter ihnen leiden. Mehr denn je liegt unsere Zukunft in einem geeinten Europa. **Mehr denn je sind wir alle gemeinsam dafür verantwortlich! ★**



© Nebs

## Bestellen Sie jetzt Ihre Europa-Schutz- maske

Die Coronakrise zeigt, dass mehr Europa die Lösung ist, während Nationalismus die Probleme nur verschärft. Deshalb haben wir exklusive Schutzmasken mit Haltung produziert. Lassen Sie uns sichtbar machen, woran wir glauben. Bestellen Sie jetzt Ihre Maske und zeigen auch Sie, dass Sie zu einer europäischen Schweiz stehen.

Gratis-Maskenbestellung auf  
<https://unser.europa.ch/shop>

Spenden Sie für eine europäische  
Schweiz auf <http://unser.europa.ch/spenden>

Engagieren wir uns gemeinsam für eine europäische Schweiz. Am 27. September 2020 droht mit der Abstimmung über die Kündigungsinitiative der SVP der Bruch mit Europa. Mehr Informationen über die Kampagne WIREUROPÄER\*INNEN der Nebs auf <https://unser.europa.ch>.



# Die Bedeutung der Erklärung von Robert Schuman – 70 Jahre danach

Von **Pascale Joannin**, Geschäftsleiterin der Robert-Schuman-Stiftung

**Die Erklärung des damaligen französischen Aussenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950 ist der Gründungstext des europäischen Aufbauwerks. Nur fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs präsentierte sie ein ehrgeiziges Projekt für die supranationale Zusammenarbeit.**



© Pascale Joannin

**PASCALE JOANNIN** ist Geschäftsleiterin der Robert-Schuman-Stiftung, eines 1991 gegründeten europäischen « think tanks » mit Sitz in Paris und Brüssel. Nach ihrem Studium am Institut d'Etudes Politiques war sie Auditorin an der 56. nationalen Tagung des Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale. Als Expertin für die Europäische Union und deren Politik ist sie Autorin verschiedener Publikationen. Sie war ausserdem Mitherausgeberin eines «Atlas permanent de l'Union Européenne» (September 2018, Marie B-Veröffentlichung). Sie erhielt 2008 die Ehrenauszeichnung Chevalier de l'Ordre national du Mérite.

Die Schuman-Erklärung bleibt erstaunlich aktuell in der Zeit ihres 70. Jahrestags, wo die europäische Einheit und Solidarität durch die COVID-19-Pandemie auf die Probe gestellt wird. Daraus ergeben sich drei Lektionen: die Methode der kleinen Schritte, der Stellenwert der BürgerInnen und die Bedeutung der deutsch-französischen Freundschaft.

**«Europa wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.»**

Die Schuman-Erklärung regt zwar eine Neuorganisation der Wirtschaft an, hat aber einen politischen Hintergrund. Sie postuliert eine Vergemeinschaftung der Kohle- und Stahlproduktion, den beiden wichtigsten Rohstoffen jener Zeit, um Krieg «materiell unmöglich» zu machen. 1950 galt die europäische Zusammenarbeit als einzige Möglichkeit, das internationale Kräftespiel wirksam auszugleichen und darin eine Rolle zu spielen. Diese Botschaft lässt sich auf die Gegenwart übertragen: Nur ein vereintes Europa, das über solide wirtschaftliche, technologische und politische Mittel verfügt, spielt eine Rolle im Wettlauf um die weltweite Hegemonie zwischen China und den Vereinigten Staaten.

Der Aufbau Europas wurde nicht mit einem Schlag erreicht, sondern in «kleinen Schritten». Die «de-facto-Solidarität» entstand nach und nach mit der Zusammenlegung von Ressourcen weniger Länder, denen sich später weitere anschlossen. Eine Reihe jüngster Initiativen im Verteidigungsbereich zeigt, dass dieses Vorgehen in Europa nach wie vor gültig ist; diese Strategie ist

zentraler Bestandteil des europäischen Integrationsprojekts. Sie ist die *conditio sine qua non* für das Vorankommen der EU.

**«Europa ist die Konstruktion einer verallgemeinerten Demokratie.»**

Die Ergebnisse der EU-Wahlen 2019 und die jüngsten Meinungsumfragen zeigen, dass die europäischen BürgerInnen trotz aller Widrigkeiten am europäischen Projekt hängen. Ihre politischen Erwartungen sind neu: Die EuropäerInnen wollen «mehr Europa», um wirtschaftlichen Wohlstand und Wachstum zu garantieren, die Migration zu bewältigen, die Umwelt zu schützen, eine gemeinsame Verteidigung aufzubauen – alles mit dem Ziel, in einer unsicheren und beunruhigenden globalisierten Welt «europäische Interessen» zu wahren und eine eigene «strategische Autonomie» zu entwickeln.

**«Ohne Deutschland, genau wie ohne Frankreich, wäre es unmöglich, Europa aufzubauen.»**

Die deutsch-französische Beziehung ist seit Beginn das Herzstück der europäischen Integration. Es handelt sich um die grössten und bevölkerungsreichsten Volkswirtschaften der Union. Alleine können sie nicht viel tun, aber ohne sie ist nichts möglich. An ihnen führt kein Weg vorbei, wenn es darum geht, Kooperation, Fortschritt und Integrationsperspektiven anzugehen. Die Geschichte hat mehrfach gezeigt, dass politische Einigung und übereinstimmende Ansichten zwischen den beiden Ländern unabdingbar sind, um heikle politische Blockaden zu überwinden, Lösungen für die schwersten Krisen zu finden und eine Mehrheit der Staaten für neue Initiativen zusammenzubringen. Mit anderen Worten: Es kann keine europäischen Errungenschaften geben, wenn Deutschland und Frankreich nicht auf gleicher Linie liegen. ★

# Time for Change – Europas Zukunft ist unsere Zukunft

Von **Anna Deparnay-Grunenberg**, Europaabgeordnete

Die grossen Herausforderungen unserer Zeit stellen uns in Europa vor grundlegende Entscheidungen: In was für einer Welt wollen wir leben? Dies führt zurück zur Frage: In welcher Welt leben wir denn heute? Die vergangenen Jahrzehnte brachten prägende Veränderungen mit sich, die Globalisierung – eine Chance und Herausforderung zugleich. Herausforderungen ergeben sich aus der Komplexität unserer globalisierten Welt und machen rein nationale Lösungen fast unmöglich.

Herausforderungen wie die Migrationsbewegungen oder der Klimawandel betreffen uns alle. Einzelstaatliche Massnahmen (z.B. Grenzschiessungen) lösen die Probleme nicht. Aktuell erleben wir mit der COVID-19-Pandemie eine Krise von weltweitem Ausmass. Dieser bisher beispiellosen Herausforderung müssen wir uns als Menschheit gemeinsam stellen.

Im Rahmen der multiplen Herausforderungen hat Europa jetzt die Chance, sich als «global player» zu behaupten. In den letzten Jahren konnte die EU als internationaler Akteur Umweltschutz-Standards in internationalen Abkommen (u.a. bei internationalen Abkommen zu Luftreinheit, Ozon, Wasser, Biodiversität, Abfallwirtschaft sowie bei den UN-Klimakonferenzen, beispielsweise in Paris 2015) erfolgreich durchsetzen. Besonders bei der Bewältigung der Coronakrise, die jetzt grösste Priorität hat, ist es an der Zeit, dass die EU Antworten liefert. Das ist eine Mammutaufgabe, bei der wir alle an einem Strang ziehen müssen.

Eine Initiative, die die Zukunft der europäischen Zusammenarbeit in den nächsten Monaten orientieren soll, ist die von der EU-Kommission initiierte «Konferenz zur Zukunft Europas». Ein solcher Dialog ist notwendig, um vorausschauend zu denken, denn der Status Quo ist nicht länger eine Option. Dabei sollen die EU-Institutionen (Kommission, Rat und Parlament) sowie zahlreiche Stakeholder in die Diskussion zur strategischen Agenda der EU miteinbezogen werden. Umfangreiche

Konsultationen, als «Agora citoyenne», sollen als wegweisende Inspiration dienen. Wir brauchen ein Europa, das mehr Bürgerbeteiligung und partizipative Demokratie zulässt.

Europa muss die notwendigen Schritte angehen, um unser Miteinander zukunftsfähig und resilient zu gestalten. Die Art, wie wir leben, arbeiten, interagieren, funktionieren. Die Konferenz zur Zukunft Europas soll unsere Erwartungen mit den Anforderungen der Umwelt und des Klimas in Einklang bringen. Auch das ist Gemeinwohl. Und dabei geht es nicht darum, alles zu vereinheitlichen, sondern die europäische Vielfalt zu nutzen, um vernetzt zu denken und zu handeln.

Wie Jean Monnet feststellte: «Europa wird durch Krisen entstehen und die Summe der Lösungen dieser Krisen sein». Heute befinden wir uns in solch einer Krise und müssen beweisen, dass wir als Menschheit zusammenhalten. «We are all in this together» – wir brauchen gemeinsame Lösungen, um die Krise und ihre vielzähligen Auswirkungen zu bewältigen. Vielleicht ist das auch eine Chance für die EU? Ein notwendiger Schritt ist die Einführung von «Coronabonds» – gemeinsame europäische Staatsanleihen für die dringenden Investitionen in die Gesundheitssysteme. Durch eine gemeinsame Haftung wird verhindert, dass die Zinsen für die Staatsanleihen besonders betroffener Länder in die Höhe schnellen. Das erscheint heute mehr als notwendig und wäre ein wahres Zeichen europäischer Solidarität.

Bei der Debatte um die Zukunft Europas ist ungewiss, in welche Richtung es gehen wird. Eins wissen wir – wir schaffen es nicht allein. Wollen wir in einer globalisierten Welt bestehen, müssen wir über den Tellerrand hinausdenken und Herausforderungen gemeinsam anpacken. Darum arbeiten wir Grünen im EU-Parlament mit Hochdruck weiter an einem Europa, das uns auch in diesen turbulenten Zeiten voranbringt und welches nachhaltig, inklusiv und klimagerecht ist! ★



© Anna Deparnay-Grunenberg

## ANNA DEPARNAY-GRUNENBERG

ist grüne Politikerin und seit 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments. Sie ist 1976 in Berlin geboren, in Frankreich aufgewachsen und lebt heute mit ihrem Mann und ihren drei Kindern in Stuttgart. Neben der europäischen Unionsbürgerschaft hat sie die deutsche, französische und schweizerische Staatsbürgerschaft. Sie hat Forst- und Umweltwissenschaft in Freiburg im Breisgau und Vancouver (Kanada) studiert und war von 2008 bis 2019 kommunalpolitisch als Stadträtin und dann als Fraktionsvorsitzende der Grünen in Stuttgart engagiert. Ihre Themen sind die ökologische Transformation der Wirtschaft (Gemeinwohlorientierung), Klima- und Artenschutz, Bürgerbeteiligung, Innovation, Europa und die Kommune. Im Europäischen Parlament arbeitet sie vor allem an den Themen nachhaltige Mobilität und Verkehrswende, der ökologischen Agrarwende, Forstwirtschaft und Biodiversität, der Verbesserung der deutsch-französischen Kooperation sowie den Beziehungen zu Mercosur und zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR. Im Weiteren ist sie Mitglied der für die Schweiz zuständigen Delegation des Europäischen Parlaments.

# Solidarität, ein wesentliches Element der EU als «Union»

**Enrico Letta, Präsident des Jacques-Delors-Instituts und ehemaliger italienischer Ministerpräsident, ist zwar besorgt über die aktuelle Situation, bleibt aber vor allem «realistisch und entschlossen». Von der dringenden Notwendigkeit konkreter Antworten auf die Covid-19-Krise und europäischer Reformen, zu Italien und dem Populismus bis hin zu den Gefahren durch Einflussnahme ausländischer Mächte – die offenen und ehrlichen Überlegungen dieses überzeugten Europäers treffen den richtigen Ton.**



© KEYSTONE-SDA/AP Photo/Seth Wenig

## Enrico Letta

Enrico Letta ist Dekan der Schule für Internationale Beziehungen an der Sciences Po Paris (PSIA) und Präsident des Jacques-Delors-Instituts. Hier gründete er die Académie Notre Europe (ANE), um junge Menschen kostenlos in Europapolitik zu bilden. Im Alter von 32 Jahren wurde er 1998 Minister für Gemeinschaftspolitik – als jüngster in der Geschichte Italiens – und wurde anschliessend mit dem Bereich Industrie, Handel und Gewerbe betraut. Danach war er nacheinander Parlamentsmitglied, Mitglied des Europäischen Parlaments, Staatssekretär für die Präsidentschaft des Ministerrats, Vizepräsident der Demokratischen Partei und schliesslich von 2013 bis 2014 Präsident des italienischen Ministerrats.

**Jacques Delors erklärte kürzlich, fehlende Solidarität sei eine «tödliche Gefahr» für die Europäische Union. Was sagen Sie dazu?**

Man hört so selten etwas von Jacques Delors, dass seine Äusserung den Ernst der Lage zeigt. Die Reaktion auf die aktuelle Notlage wird entweder europäisch sein – oder sie wird das Versagen der Europäischen Union aufzeigen. Sie ist eine «Union», und davon ist Solidarität ein wesentliches Element. Delors' Warnruf brachte Bewegung. Es brachte uns zum Nachdenken: über die EU und die Notwendigkeit, diesen grossen Gefahren und Herausforderungen gemeinsam zu begegnen.

**Worin sehen Sie die «europäische Solidarität», sei es im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie oder der Migration?**

Es besteht die Forderung nach Solidarität seitens der Bevölkerung, die in den letzten zwanzig Jahren die Einführung des Euro erlebte – der Währung, die uns verbindet und die auch zeigt, dass Europa grosse Entscheidungen verantwortet, die unser Leben betreffen. Aber die EU verfügt nicht über die Instrumente, um mit allen Gegebenheiten umzugehen, welche Solidarität verlangen. Drei Ereignisse haben diesen Mangel aufgezeigt. Das erste war die Finanzkrise von 2008, das zweite der Terrorismus und das dritte die Flüchtlingskrise. Wir waren nicht vorbereitet. Zugleich spreche ich mit diesen Ereignissen drei Themen an, bei denen es keine ausreichenden

nationalen Antworten gab. Die Antworten hätten europäisch sein müssen! Das haben wir auch heute: eine weitere Situation, in der Solidarität unerlässlich ist. Es fehlt jedoch an Instrumenten, die dem Problem gewachsen wären. Zum Beispiel haben wir nicht einmal eine gemeinschaftliche Gesundheitspolitik. Dies ist eine der grossen Herausforderungen einer EU, die durch Krisen gebaut wird – das war schon immer so, und so wird es auch dieses Mal sein.

**Sie setzen sich für «konkrete Aktionen» zugunsten der BürgerInnen ein. Was meinen Sie damit?**

Der Begriff der Staatsbürgerschaft wandelt sich mit den Veränderungen, die wir erleben, der Technologie, dem kontinuierlichen Informationsfluss ... Es verändert sich die Rolle der BürgerInnen. Sie können sich nicht mehr damit zufrieden geben, nur einmal alle fünf Jahre zu wählen. In der EU ist die Frage der Partizipation nach wie vor komplex und die Massnahmen häufig an nationale Entscheidungen gebunden. Der Widerspruch liegt auf der Hand: Wir stehen vor einem Kurzschluss, bei dem die EntscheidungsträgerInnen – die europäischen Leader – nur in ihren nationalen Wahlkreisen gewählt sind. Wenn ich an die Unionsbürgerschaft denke, dann daran, dass diese Krise uns einen neuen Weg aufzwingt. Nämlich die Schaffung eines europäischen Wahlkreises, wo die BürgerInnen





© KEYSTONE-SDA/EPA/Guido Montani

vermehrt im Zentrum der Entscheidungsfindung stehen.

***Auf welchen anderen Gebieten wären Reformen nötig? Wie könnte die «Konferenz über die Zukunft Europas» dazu beitragen?***

Wir können nicht mit einem Mechanismus weitermachen, in dem der Europäische Rat – das Zentrum der EU – aus gewählten Abgeordneten besteht, welchen eine europäische Legitimation fehlt. Noch können wir uns Stereotypen weiterhin leisten. Die Krise hat den Graben zwischen den Ländern des Nordens und des Südens vertieft, auch wenn das Virus uns alle wahllos erwischt hat. Solidarität sollte im Mittelpunkt der Diskussionen stehen. Ich befürworte unter anderem die Idee von transnationalen Listen für Parlamentswahlen. Diese Debatte ist von grundlegender Bedeutung, aber leider bleibt sie vorerst steril. Die Krise sowie die Bedeutung der Rolle der BürgerInnen und der Demokratie machen diese Konferenz notwendig.

***Offenbar haben die europäischen Institutionen Mühe, wirksam zu kommunizieren und die Öffentlichkeit von den Vorzügen ihres Handelns zu überzeugen...***

Es hat in der Tat komplizierte Momente in diesem Bereich gegeben. Der Brexit war ein Wendepunkt: Es ist jetzt auch möglich, die EU zu verlassen. Niemand muss in der EU verbleiben und murren. Wer der EU vorwirft, die Ursache aller Probleme zu sein,

ohne Alternativen anzubieten, steht geschwächt da. Denn in Wahrheit gibt es keine Alternative: Italien mit seinen Finanznöten allein zu lassen, ist keine Option.

***Sie haben kürzlich darauf aufmerksam gemacht, dass Italien zum «Ungarn der Eurozone» werden könnte, wenn die EU das Land nicht unterstützt. Warum ein solcher Vergleich?***

Die Wahrnehmung Europas in Italien hat sich verändert. Die Populisten haben eine bemerkenswerte Arbeit geleistet, um das Land mehr und mehr in Richtung der Visegrád-Staaten zu drängen – als Teil der Union, ohne sie verlassen zu wollen. Anti-«Brüssel», gegen die deutsch-französische Vorherrschaft – und sich selbst als Opfer fühlend. Es ist daher notwendig, ein Narrativ Europas aufzubauen, das den strategischen Aspekt der Zusammenarbeit und die natürliche Konvergenz von Moral und Verhalten zwischen Nachbarstaaten betont. Eine überzeugendere Erzählung dessen, was uns verbindet, hat in den kommenden Zeiten Priorität.

***Welche «gemeinsame Vision» würde dem Egoismus und Nationalismus in Europa entgegenwirken?***

Jene der Einheit und Solidarität, denn Isolation ist nicht die Lösung. Geschlossene Grenzen mögen zwar das Bauchgefühl der Menschen ansprechen, aber sie bringen keine wirklichen Lösungen. Damit dies klar

“

«In der Welt von morgen können wir nur autonom bleiben, wenn wir EuropäerInnen in einem starken Europa sind. Daher gibt es für uns EuropäerInnen keinen anderen Weg, als unsere Zusammenarbeit zu intensivieren.»

“

Die Reaktion auf die aktuelle Notlage wird entweder europäisch sein – oder sie wird das Versagen der Europäischen Union aufzeigen.



© KEYSTONE-SDA/VEPA/Ettore Ferrari

Machtübergabe zwischen dem abtretenden Premierminister Mario Monti (rechts) und Enrico Letta, 28. April 2013 in Rom.

ist: Natürlich sprechen wir nicht nur über Gesundheit und die Notwendigkeit, unsere Gesundheitspolitiken zu bündeln. Es geht auch um die wirtschaftliche Erholung. Europa ist ein Kontinent mit einer alternden Bevölkerung: Wir werden daher andere Bedürfnisse haben. Es ist notwendig, die momentane Situation wahrzunehmen, sie umzudrehen, sie zu leben und sie aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, mit Aufmerksamkeit auf die älteren Menschen und die Bedürfnisse einer sich wandelnden Gesellschaft. Diese neue Perspektive könnte uns dann zusammenbringen.

**Wie sollte die EU Ihrer Meinung nach mit dem geopolitischen Druck umgehen?**

Diese Krise lässt uns sehen, wie entzweit die westliche Welt ist. Wir müssen einen Weg finden, sie wieder zusammenzubringen. Ich denke dabei zunächst an die EU-27, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Alle dachten, sie hätten ohne jegliche Koordinierung Lösungen gefunden. Das Resultat war eine Katastrophe für die transatlantischen Beziehungen. Angesichts der chinesischen und russischen Diplomatie und deren Einflussnahme muss Europa geeint auftreten. Keines unserer Länder wird nicht in der Lage sein, dem Druck allein entgegenzutreten. Diese europäische Einheit muss – und das sage ich sehr deutlich – auf der Einsicht beruhen, dass wir mit

27 Brexits in einigen Jahren nur noch die Wahl haben werden, eine amerikanische oder eine chinesische Kolonie zu sein. In der Welt von morgen können wir nur autonom bleiben, wenn wir EuropäerInnen in einem starken Europa sind. Diese Krise gibt uns also Anlass, mehr Einheit unter den europäischen Ländern zu erreichen.

**Sie scheinen optimistisch. Warum?**

Eher realistisch und entschlossen. Weil ich diese Entwicklung der Welt hin zu einem amerikanisch-chinesischen Bipolarismus sehe. Es gibt für uns EuropäerInnen keinen anderen Weg, als unsere Zusammenarbeit zu intensivieren. Das ist die einzige Art, Europa belastbarer zu machen und damit auch uns alle innerhalb Europas zu stärken. Sonst werden wir gefressen.

**Haben Sie abschliessend eine Botschaft für unsere LeserInnen in der Schweiz, ob nun mit oder ohne weissem Kreuz im Pass?**

Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Schweiz, obwohl sie politisch nicht Teil der EU ist, kulturell ein integraler Bestandteil dieses europäischen Forums ist und dessen Werte teilt. Die Schweiz ist an diesem globalen Kampf ebenso beteiligt wie die anderen europäischen Staaten. Sie spielt darin eine wichtige Rolle. Ich wünsche Ihnen viel Glück! ★





# Die Kraft der Demokratie

Von **Roger de Weck**, Autor

Konzentration und Desintegration sind die zwei Grundbewegungen der Gegenwart. Auf der einen Seite bündelt eine Handvoll digital-globaler Plattformen zu viel politische und wirtschaftliche Macht. Facebook & Co. überfahren die Politik und die Ökonomie. Auf der anderen Seite entfalten sich in der Weltpolitik gewaltige Fliehkräfte.

Der Kalte Krieg zwischen West und Ost währte bis zum Mauerfall 1989. Es war ein klar strukturierter Konflikt, in beiden Lagern wirkte die Frontstellung integrativ, man musste die Reihen schliessen.

Dann begann die Grosse Desintegration. Am Ende des Kalten Kriegs zerbrachen die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, jetzt ist die Ukraine dividiert. Allerwärts laufen Konflikte aller gegen alle, und sie desintegrieren die Staatenwelt. In Afrika wie im Nahen und Mittleren Osten mehrten sich die ganz oder teilweise gescheiterten Staaten. Und es lahmen die meisten internationalen Organisationen, einschliesslich der Nato.

Auch fragmentiert die Digitalisierung die Öffentlichkeit, während reaktionäre Kräfte sie zerteilen wie in den USA. Die Allgemeinheit ist nicht mehr allen gemein; sie weicht der Sonderheit von Onlinegruppen und der Sonderlichkeit foxifizierter Massenmedien. Einige westliche Länder haben die gesellschaftliche Desintegration auf die Spitze getrieben, allen voran Brexit-Britannien.

Die Europäische Union ist in der Grossen Desintegration die einzige Integratorin: Alle ost- und mitteleuropäischen Staaten streben oder streben die Mitgliedschaft an oder wenigstens die Assoziierung. Auch in der EU regen sich zwar zentrifugale Kräfte. Illiberale Regierungen strapazieren die Wertegemeinschaft, manche flirtieren mit Russland oder China. In Katalonien tobt der Separatismus. Aus Enttäuschung über England denken die Schotten über ihre Unabhängigkeit nach. Brexit- und Eurokrise hätten den Anfang der EU-Desintegration bedeuten können – dem ist nicht so. Die Europäische Union musste zwar in den Spagat gehen, das hat sie verspannt, aber nicht zerrissen. Kein einziges Mitglied will Grossbritannien nachahmen.

Das schöne Pendant zum Riss innerhalb der Nationen sind die transnationalen Solidaritäten. Nachhaltig wirken die Erasmus-Programme. Die Bewegungen *Pulse of Europe* und vor allem *Fridays for Future* sind zu gesamteuropäischen Akteuren gediehen. Die EU ist ein reissfestes Beziehungs-gewebe, an dem nationalistische Politik sich abmüht. Die Macht des Faktischen ist stärker als die Wortmacht der Reaktionäre – sie beschimpfen «Brüssel», weil sie in Brüssel auflaufen. Die Europäische Union stiftet Frieden – weltweit lodert streitsüchtiger Nationalismus. Die EU ist nicht dessen Ursache, sondern eines seiner vielen Hassobjekte. Manche Nationalisten würden noch schlimmer wüten, gäbe es keine EU, die ihnen Schranken setzte.

Die Europäische Union weist in die Zukunft: Sie ist keine Nation, die sich überhöhen liesse. Vielmehr ist sie ein sinnvolles, sinnträchtiges, pragmatisches Projekt, das die Europäer zusammenführt und an dem sie immer zu arbeiten haben werden. Auch ist die EU – wie die Schweiz – ein Treffpunkt grundverschiedener Kulturen und antagonistischer Auffassungen von Politik, um sich produktiv mit dieser Vielfalt auseinanderzusetzen – dazu sind die europäischen Institutionen da. Das ist europäisches Suchen und gemeinsames Gestalten. Die Europäische Union ist der Rahmen, in dem Demokratie künftig am meisten bewirken kann. ★



© Roger de Weck

## Roger de Weck

Der Publizist lebt in Zürich und ist Gastprofessor am Collège d'Europe in Brügge. De Weck war Generaldirektor der SRG, Stiftungsratspräsident des IHEID in Genf, Chefredaktor der «Zeit» und des «Tages-Anzeigers». Er ist Autor verschiedener Bestseller (u.a. «Der Fall Chiasso») und gab die Buchreihe «Standpunkte» zur europäischen Aussenpolitik heraus. Der zweisprachige Freiburger studierte Volkswirtschaft in St. Gallen und sitzt im Stiftungsrat des Internationalen Karlspreises Aachen und im Beirat der Zeitschrift «Critique Internationale» (SciencesPo Paris). Er ist Ehrendoktor der Universitäten Freiburg und Luzern.



Roger de Weck: «Die Kraft der Demokratie – Eine Antwort auf die autoritären Reaktionäre», Suhrkamp, 2020, 326 Seiten

Autoritäre bedrängen die Demokratie: Warum bleiben Liberale und Linke defensiv? Kippen die Konservativen ins Reaktionäre? Damit Gestrige nicht die Zukunft kapern, müssen wir an der Demokratie von morgen arbeiten, sie aktionsfähiger machen. Und europäischer. Auch die Natur muss zur Teilnehmerin an der Demokratie werden. Das Buch schafft Übersicht und Zuversicht.

# Abstimmung vom 27. September: «WIR EUROPÄER\*INNEN» sind bereit!

Von **Raphaël Bez** und **Lukas Wegmüller**, Co-Generalsekretäre der Nebs

**Die Abstimmung über die sogenannte «Kündigungsinitiative» der SVP war ursprünglich für den 17. Mai vorgesehen. Infolge der Covid-19-Pandemie wurde sie auf den 27. September verschoben. WIR EUROPÄER\*INNEN waren bereit und sind es immer noch. Die kommenden Monate sind entscheidend!**

**Ja, ich bin EuropäerIn und möchte die WIR EUROPÄER\*INNEN-Kampagne unterstützen!**

- Machen Sie die Website der Kampagne bekannt und ermutigen Sie Ihre Bekannten, sich der Bewegung anzuschliessen. Registrieren Sie sich unter <https://unser.europa.ch/>
- Unterstützen Sie mit einer Spende eine europäische Schweiz | <https://unser.europa.ch/spenden> oder IBAN CH14 0900 0000 3000 9024 9
- Bestellen Sie eine Schutzmaske und zeigen Sie Haltung <https://unser.europa.ch/shop/>
- Bestellen Sie WIR EUROPÄER\*INNEN-Postkarten, senden Sie Ihren Liebsten ein Wort der Ermutigung und laden Sie sie ein, sich für den 27. September zu engagieren: **E-Mail an [unser@europa.ch](mailto:unser@europa.ch)**.
- Unterstützen Sie uns in den sozialen Netzwerken und teilen Sie unsere Posts | **Facebook, Instagram, Twitter, LinkedIn**

Im vergangenen Herbst haben wir die WIR EUROPÄER\*INNEN-Kampagne lanciert, um in der Schweiz ein positives Grundrauschen für Europa auszulösen. Insbesondere wollten wir mit Beiträgen in den sozialen Netzwerken die europäische Dimension der Schweizer Identität, unseres täglichen Lebens und unserer Geschichte hervorheben. Da mag man sich an den Mann oder die Frau erinnern, die ihr Edelweisshemd öffnen, um die Europaflagge zu enthüllen. Oder vielleicht kommt Ihnen «unser» Roger Köppel bekannt vor – der Zürcher SVP-Nationalrat mit «Boris Johnson»-Haarschnitt. Die Reaktionen waren sehr positiv, was uns sehr freute.

Die Kampagne wurde im Januar fortgesetzt. Jahrzehntlang hat die SVP den Schweizer Blick auf Europa geprägt; an der alljährlichen Albigüetli-Tagung stand am 17. Januar die EU wieder einmal im Visier der Rechtspopulisten. Mit Hilfe einer grossformatigen Projektion direkt am Eingang der Veranstaltung präsentierten WIR EUROPÄER\*INNEN unser eigenes europäisches Narrativ.

**«Wir müssen nicht erst lernen, EUROPÄER\*INNEN zu werden. Wir müssen nur erkennen, dass wir es seit jeher sind.»**

Im Frühjahr, als wir für den Abstimmungskampf gegen die Kündigungsinitiative der SVP starklar waren, überraschte die Covid-19-Pandemie die Welt. Der Bundesrat beschloss, die Abstimmung vom 17. Mai zu vertagen. Wir mussten unser Handeln überdenken und unsere Planung anpassen. Anfang April begannen wir mit einer Reihe von Live-Diskussionen auf Facebook

(auf unserem Youtube-Kanal verfügbar) mit Persönlichkeiten wie dem Autor Roger de Weck und dem deutschen Europaabgeordneten Andreas Schwab, um die Folgen von Covid-19 für die Schweiz und Europa zu erörtern. Weitere Gespräche mit Sandro Gozi, Europaabgeordneter und Präsident der Union Europäischer Föderalisten, sowie mit Yves Bertoncini, Präsident der Europäischen Bewegung Frankreichs, folgten.

Anlässlich des Europatages, zum 75. Jahrestag des Kriegsendes in Europa am 8. Mai und zum 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung vom 9. Mai haben wir einen Appell für ein europäisches Engagement und eine Wiederbelebung der europäischen Integration der Schweiz lanciert (siehe Seite 3 des Magazins). Unter dem Titel «Der beste Schutz ist Zusammenhalt» erinnert der Appell an den europäischen Charakter der Schweiz und ruft dazu auf, die Integration unseres Landes wiederzubeleben. Um diese Botschaft zu veranschaulichen, haben wir Schutzmasken in den EU-Farben anfertigen lassen – ein Accessoire, das zeigt, dass wir Haltung zeigen, während wir uns selbst und andere schützen.

Es ist an der Zeit, in unseren Köpfen Platz zu schaffen für eine neue europäische Erzählung. Es ist an der Zeit, für unsere Überzeugung einzustehen! Die Kampagne WIR EUROPÄER\*INNEN geht weiter: Wir wollen dafür sorgen, dass die SVP-Initiative am 27. September scheitert. Das Ergebnis dieser Abstimmung muss das Einverständnis des Volkes mit der europäischen Integration der Schweiz zeigen; es muss den Grundstein legen für ihr Fortschreiten. Die Schweiz befindet sich mitten in diesem Kontinent. Wir sind EUROPÄER\*INNEN; unsere Bestimmung und unser Erfolg liegen in Europa! ★

# Die Covid-19-Pandemie stellt die EU auf die Probe

Von **Jérôme Gasser**, Vorstandsmitglied der Nebs-Sektion Genf

Noch nie war die Menschheit in der modernen Geschichte mit einer so grossen und flächendeckenden Krise mit potenziell verheerenden Auswirkungen konfrontiert, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Wirtschaft. Die von der Covid-19-Pandemie verursachte Gesundheitskrise ist für die EU seit ihrer Gründung zweifellos der grösste Test für ihre Widerstandsfähigkeit und könnte, wenn die Krise falsch gehandhabt wird, der Anfang ihres Endes sein.

Wie der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta in einem Fernsehinterview am 23. März auf RTS sagte, muss die EU aus dieser Krise ihre Lehren ziehen. Eine viel stärkere Koordination auf europäischer Ebene scheint ihm unabdingbar. Im Falle eines Scheiterns glaubt er, dass «Egoismus und Nationalismus einen Weg finden werden, zu wachsen». Für ihn «spielt Europa in dieser Krise um seine Zukunft, denn nach der Finanzkrise von 2008 und der Flüchtlingskrise von 2014–2015 erträgt es keine weitere Krise, welche die Länder ohne Reaktion zurücklässt [...]. Deshalb denke ich: Ja, diese Krise wird für die Zukunft der [EU] entscheidend sein». In Anlehnung an diese Worte forderte der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez am 28. März auf Twitter, dass «die europäische Antwort solidarisch und auf die Verletzlichsten ausgerichtet sein sollte».

Am EU-Gipfel, der am 26. März per Videokonferenz abgehalten wurde, hatten die europäischen EntscheidungsträgerInnen offensichtlich verstanden, dass sie unbedingt eine angemessene Antwort auf die Herausforderung brauchten: die Aussetzung des Stabilitätspakts und der Haushaltsbeschränkungen für die Länder der Eurozone, eine lockerere Handhabung staatlicher Beihilfen, die Bereitstellung von 37 Milliarden Euro durch die Europäische Kommission zur finanziellen Bewältigung der verheerenden Pandemieschäden, die Zusage der Europäischen Zentralbank, mehr als 1000 Milliarden Euro in die Wirtschaft zu investieren.

Leider ist dieser Geist der Solidarität schnell verfliegen, als Italien, eines der höchstverschuldeten EU-Länder und das von den Krisenfolgen am stärksten betroffene, um die Lancierung von «Corona-Bonds» bat. Mit der Ausgabe solcher europäischer Anleihen würde das finanzielle Risiko vergemeinschaftet; die Kosten einer Anleihe für Italien würden sinken. Vier Länder, darunter Deutschland, haben sich gegen diese Vergemeinschaftung von Schulden ausgesprochen und bevorzugten stattdessen den Europäischen Stabilitätsmechanismus, den Notfallkrisenfonds der Eurozone. Letzterer verlangt als Gegenleistung Strukturreformen und Einsparungen in den Empfängerländern. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds haben solche Massnahmen Griechenland 25 Prozent seines BIP gekostet, und es wird weitere zehn Jahre dauern, bis das Niveau von 2008 wieder erreicht ist.

Vor dem aktuellen Hintergrund scheint es uns leichtsinnig, von einem Land solche Vorkehrungen zu verlangen. Diese bergen vielmehr die Gefahr, die der EU drohende makroökonomische Katastrophe noch zu vergrössern. Sollte in dieser Situation die finanzielle Orthodoxie über die Solidarität siegen, dann hat nicht nur die EU keine Zukunft. Sondern wie in den 1930er-Jahren gewannen Nationalismus, politische Instabilität und Protektionismus die Oberhand. Zur Erinnerung: Diese bildeten den Nährboden für eine andere grosse Katastrophe unserer Geschichte... ★



© Jérôme Gasser



# Unser JEF-Spirit scheint sich in dieser Zeit zu verdoppeln

Von **Leonie Martin**, Präsidentin der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF)

**Brexit, Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit, eine nicht oder langsam agierende EU in Migrationsfragen, die Pandemie und die damit einhergehende Krise: Noch nie war deutlicher, dass europäische Probleme europäische Lösungen brauchen – und zwar demokratische.**



© Leonie Martin

**LEONIE MARTIN** ist seit Oktober 2019 Vorsitzende der JEF Europa, dem europäischen Dachverband der young european swiss | yes. Sie kommt aus dem Dreiländereck Niederlande – Deutschland – Belgien, wohnt aber seit mehreren Jahren in Brüssel. Während ihrer Studienzeit in Maastricht lernte sie die JEF kennen und war eine der MitgründerInnen der JEF Niederlande. Martin hat einen Master of Arts in European Public Policy and Administration von der Maastricht University und einen Master of Laws in Internationalem und Europäischem Recht von der Vrije Universiteit Brussel.

Europa mag sich zwar in schwierigen Gewässern befinden, JEFerinnen und JEFer (Mitglieder der Jungen Europäischen Föderalisten Europa JEF) machen weiter, jetzt umso mehr!

Die JEF Europa hat mehr als 13000 Mitglieder, aktiv in über 30 nationalen Sektionen, darunter auch die young european swiss | yes. Zusammen arbeiten wir daran, dass Europa demokratischer und föderal wird, mit Respekt vor Menschenrechten und dem Subsidiaritätsprinzip. Hierfür organisieren wir Kampagnen, gehen auf die Strasse und lobbyieren. Gleichzeitig haben alle die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten und Talente so zu verwenden, dass unser politisches Ziel ein Stückchen mehr zur Realität wird. So schreiben zum Beispiel angehende JournalistInnen für unser Webzine «The New Federalist» in seinen sieben Sprachversionen; Bildungsarbeit, Social Media, Projektmanagement, Lobbying und vieles mehr sind weitere Möglichkeiten.

Nach der grossen Europawahlkampagne «I Choose Europe» war das Suchen nach einem neuen politischen Fokus nicht schwer: In dem Projekt Y-Fed kommen junge Menschen zusammen, um die Probleme in Europa zu lösen. All dies kulminiert in einem Simulationsspiel des Europäischen Parlaments, aber unter neuen, von den Teilnehmenden zusammengestellten Regeln. Dies geht auch einher mit der politischen Entwicklung, da es in der EU eine sogenannte «Konferenz zur Zukunft Europas» geben soll. Was sie genau kann, wer daran teilnimmt (ob z.B. auch Europäerinnen und Europäer aus der Schweiz), ist noch unklar. Es fällt leichter, darüber zu sprechen, wie man Europa verbessern kann, wenn der/die GesprächspartnerIn versteht, wie die

EU funktioniert. In unserem Europe@School-Programm, werden JEFerinnen und JEFer trainiert, um europäische Bildungsarbeit in Zusammenarbeit mit Schulen umzusetzen. Es wird derzeit durch ein Projekt ergänzt, in dem Materialien und Arbeitsmethoden für die Arbeit mit Minderheiten angepasst und vorbereitet werden.

Die COVID-19-Pandemie hat unsere Arbeit verändert. Da ist zum einen das praktische Element, dass unser Sekretariat in Brüssel im Februar in ein grösseres Büro umgezogen ist, nun aber seit März von zuhause arbeitet. Unsere Projektaktivitäten, die eigentlich darauf basieren, dass junge Menschen aus Europa physisch zusammenkommen, bestimmte Themen erarbeiten, diskutieren, trainieren, und ja, sicherlich auch feiern: Sie finden nun, dank der grossartigen Arbeit unseres Sekretariats, meistens noch an den geplanten Tagen statt, jetzt aber digital. Oder sie wurden bis auf Weiteres verschoben. Zum anderen wird nun die Arbeit unserer lokalen, regionalen und nationalen Sektionen umgedacht und komplett digital gestaltet. Auch fand unser halbjährlicher Föderaler Ausschuss online statt – zum ersten Mal in der Vereinsgeschichte. Dies gab über hundert jungen Europäerinnen und Europäern die Möglichkeit, das politische Mandat der JEF online mitzubestimmen. Dieses Wochenende lässt darauf schliessen, dass unser JEF-Spirit – das Gemeinschaftsgefühl in der JEF – sich in dieser Zeit gut und gern verdoppelt hat. ★

# Für ein besseres Verständnis von Europa

Von **Louise Gauthier**, Vorstandsmitglied der young european swiss | yes und Präsidentin der Nebs-Sektion Neuenburg

«Warum Europa?» Die Frage ist mir vertraut. Mein pro-europäisches Engagement als Mitglied des Komitees der young european swiss (yes) und als Präsidentin der Neuenburger Sektion der Nebs wirft bei Familie und Freunden viele Fragen auf. Neben einfacher Neugier oder manchmal aufrichtigem Interesse dominiert allzu oft offenes Unverständnis. Was eigentlich nur ein einfacher Drink mit Freunden oder ein Familientreffen sein sollte, mausert sich oft zu einem regelrechten Prozess über die Europäische Union, bei dem ich mich in der Rolle der Verteidigerin ziemlich isoliert finde. Es stimmt, dass Europa in der Schweiz heutzutage wenige Menschen zum Träumen bringt. Die jüngeren Generationen umso weniger. Für viele Menschen ist das komplexe Gebilde EU etwas Verschwommenes und Fernes weitab vom Alltag. Die grossen Errungenschaften, welche die EU der Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten gebracht hat (wie der freie Personenverkehr, Erasmus und die Programme für Forschung und Kultur, ganz zu schweigen von Frieden und Sicherheit) sind Teile unseres täglichen Lebens geworden, von denen wir profitieren, ohne es wahrzunehmen. Brüssel tut sich schwer damit, den vielen Vorurteilen, Mythen und anderen vorgefassten Meinungen entgegenzutreten und wird – zu Recht oder zu Unrecht – beschuldigt, auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und die Sorgen seiner BürgerInnen keine Antworten zu finden. Auf «Brüssel» fokussieren sämtliche Vorwürfe einer Jugend, die sich im Modell der EU nicht wiedererkennt. Nicht alle Kritiken sind unbegründet, und die EU ist gut beraten, dies nicht auszublenzen. Eine reiche und konstruktive Debatte braucht gegensätzliche Standpunkte. Aber um wirklich produktiv zu sein, bedarf jede Debatte einer wesentlichen Voraussetzung: einer guten Kenntnis des Themas. Als einzige pro-europäische Stimme der Schweizer Jugend müht sich die young european swiss mit einem der schlimmsten

Feinde der EU ab: der Unwissenheit über sie. Seit mehr als zwanzig Jahren ist die yes aktiv, um den Informationsmangel zu lindern und junge Schweizerinnen und Schweizer für europäische Themen zu sensibilisieren. Sich für die yes zu engagieren, bedeutet ein Engagement für mehr Verständnis für Europa.

Das Herzstück dieses Engagements heisst «Challenge Europe», eine einzigartige Studienreise, die jedes Jahr jungen Menschen zwischen 16 und 35 Jahren eine Begegnung mit der EU ermöglicht. Von Strassburg über das Dorf Schengen bis Brüssel erhalten die TeilnehmerInnen der «Challenge» die Chance, ihr Wissen über Europa zu erweitern: Ein reichhaltiges Programm verbindet Besuche der europäischen Institutionen, Begegnungen mit AkteurInnen, kulturelle Anlässe und die Teilnahme an verschiedenen Workshops. Die «Challenge Europe» 2020 findet vom 30. August bis zum 6. September statt; eine Anmeldung ist jetzt schon möglich.

Das Projekt «europe@school» ist der zweite Schwerpunkt des yes-Bildungsangebots. Dieses massgeschneiderte Programm für Schulen der Sekundarstufe I und II will das Bewusstsein für die komplexen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU schärfen und das kritische politische Denken fördern.

Neben diesen beiden Vorzeigeprojekten organisiert die yes Rundtisch-Gespräche, Vorträge und Paneldiskussionen und sorgt damit für eine regelmässige Präsenz an den Universitäten. Ausserdem führt sie Kampagnenarbeit durch. So hofft die yes den aufgeklärten, konstruktiven und tabureinen Dialog über Europa voranzubringen. Sie ist überzeugt, dass der Schlüssel zu einer guten Schweizer Europapolitik in der Ausbildung junger Menschen liegt, die den Beziehungen Schweiz-EU neues Leben einhauchen können.★



© Louise Gauthier



**Werde Mitglied der yes!**  
Alle Infos sind auf unserer  
Webseite: [www.y-e-s.ch](http://www.y-e-s.ch)

# Europhobe, gebt euch etwas Mühe – ihr seid so laaangweilig!



## Schleichender EU-Beitritt mit Gurken, Bananen, Sommerzeit!

«Die Schweiz hat zum Beispiel das umstrittene Glühbirnenverbot der EU übernommen [...] irrsinnige EU-Normen wie Bananen- oder Gurkenkrümmungsgrade [...] Verordnungen, die festlegen, wie genau eine Pizza Napoli gemacht werden muss [...] auch bei der Zeitumstellung wurde die EU-Norm übernommen [...] auch [bei der Zulassung von Waagen] wurde eine EU-Regulierung übernommen. Die EU will Vereinheitlichung wie im Kommunismus.»

Online-Publikation SchweizerZeitung.ch, 21. Januar 2020



**1** Die SchweizerZeitung ist ein ganz junges Pilzchen, das auf dem Misthaufen der rechtsgewickelten Internet-«Publizistik» hochgeschossen ist und jetzt sein Plansoll an Europhobie absondert. Es tut das mit einer Unbedarftheit, die schon beinahe Fremdschämen auslöst: ein Sammelsurium von uraltem, schon tausendfach abgehandeltem Anti-EU-Hafenkäse.

**2** Das Glühbirnenverbot – wann war das gleich? Am 1. September 2009, also vor gut zehn Jahren, wurde die extrem energieineffiziente Glühbirne (5% des Energieverbrauchs für Licht, 95% für Abwärme) in der EU abgeschafft, die Schweiz zog richtigerweise nach. Heute zeigt die Erfahrung: Die versprochenen Einsparungsziele wurden erreicht, und unsere Lampen leuchten schön wie eh und je.

**3** Die krumme Gurke: Es ging nie um ein «Verbot» krummer Gurken, sondern um eine von Produzenten und Grosshandel gewünschte Einteilung in Handelsklassen. Die Schweiz hat das schon 1964, lange vor der EU, in die Gesetzgebung aufgenommen, weil es ein Beschluss der Uno-Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) war. Heute braucht es den nicht mehr, weil die Gurkenklassierung längst zur «Handelsusanz» geworden ist. Die EU ihrerseits hat den UNECE-Beschluss 1988 im Wortlaut in ihre eigene Gesetzgebung übernommen –

und per 2009 aus demselben Grund wie die Schweiz wieder gestrichen. Also: sehr kalter Kaffee!

**4** Die Bananenverordnung der EU von 1994 befasst sich überhaupt nicht mit der Krümmung, sondern regelt ebenfalls die Einteilung in Handelsklassen nach Qualitätsmerkmalen – eine absolut vernünftige Sache.

**5** Selbstverständlich darf in Europa jede Pizza verkauft werden (solange sie hygienischen Standards genügt), aber als «Vera Pizza Napoletana», also als «echte» Pizza Napoli, darf nur angeboten werden, was das EU-Zertifikat «garantiert traditionelle Spezialität» erworben hat. Die Bedingungen dafür sind in der erwähnten EU-Verordnung ausführlich definiert. Das ist vergleichbar mit der Schweizer Schutzkategorie «Geschützte Ursprungsbezeichnung» (GUB), in deren Rahmen z.B. auf acht Seiten alle Details über die St. Galler Bratwurst ausgebreitet sind.

**6** Die Sommerzeit ist keine EU-Erfindung. Die Schweiz hat sie 1941 und 1942, parallel zu Nazi-Deutschland, vorübergehend eingeführt, später einmal abgeschafft, 1977 neu beschlossen, weil alle Nachbarländer sie wollten, 1978 per Referendumsabstimmung abgeschafft, aber 1980 durch National- und Ständerat prompt wieder eingeführt (ein zweites Referendum kam nicht zustande). Sie soll jetzt weg, da ist man sich weitgehend einig; aber es ist wohl vernünftig, das im Einklang mit den Nachbarn zu tun und nicht wieder eine einfältige «Zeitinsel» zu schaffen.

**7** Die Verordnung über die Waagen – ähm, was ist dabei eigentlich das Problem?

**8** Kurz und gut, meine Europhoben: Strengt euch doch ein wenig an! Euer ewiges Wiederkäuen von altem Unsinn ist ja so langweilig, dass man es kaum aushält. (sp) ★





### Niemand gibt mehr für humanitäre Hilfe

Im EU-Budget 2020 sind 900 Millionen Euro für humanitäre Hilfe (nicht zu verwechseln mit Entwicklungshilfe und Investitionen) vorgesehen. Die EU ist weltweit grösster Geber für die Opfer von politischer Gewalt (Syrien, Kongo etc.), Dürre und Hunger, Naturkatastrophen und Klimaverschlechterung. 400 Millionen gehen nach Afrika, 345 Millionen in den Mittleren Osten; der Rest verteilt sich auf über 80 Länder. Die Hilfe wird über UN-Agenturen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und erfahrene NGOs ausgeführt. (sp) ★

### Für mehr Wahlrechte von UnionsbürgerInnen

In einem EU-Land niedergelassene UnionsbürgerInnen aus einem anderen EU-Staat konnten schon bisher an Lokalwahlen teilnehmen. Eine Initiativengruppe will nun mit einer «Europäischen Bürgerinitiative» durchsetzen, dass sie auch an regionalen und nationalen Wahlen sowie an Referenden im Gastland mitbestimmen dürfen. Die Gruppe hat ein Jahr Zeit, eine Million Unterschriften aus mindestens sieben verschiedenen EU-Ländern zu sammeln. Dann muss sich die Kommission damit befassen. (sp) ★

### Das Zauberwort heisst «Kreislaufwirtschaft»

Ein Hauptbestandteil des «Europäischen Grünen Deals», mit dem die EU bis 2050 klimaneutral werden will, ist das Konzept Kreislaufwirtschaft: Vom Abbau der Rohstoffe über das Produktdesign, die Herstellung, der Verpflichtung, das Produkt reparaturfähig zu halten, bis zum konsequenten Recycling aller Bestandteile soll jeder Schritt ressourcenschonend und energieeffizient sein. Dazu hat Brüssel jetzt einen umfassenden «Aktionsplan» in die Diskussion gegeben. (sp) ★



#### Herausgeber

Neue Europäische Bewegung  
Schweiz (Nebs)

#### Redaktion

Luana Andina, Raphaël Bez, Marcela Gisler, Lukas Wegmüller, europa.ch, Postfach 481, 3000 Bern 22, Tel. 031 302 35 36, info@europa.ch

#### AutorInnen

Raphaël Bez, Anna Deparnay-Grünenberg, Roger de Weck, Jérôme Gasser, Louise Gauthier, Pascale Joannin, Leonie Martin, Sebastian Speich (sp), Sebastian von Graffenried, Lukas Wegmüller

#### Übersetzung und Korrektur

Luana Andina, Raphaël Bez, Marcela Gisler, Toni Koller, Fabian Schmid, Pierre Alain Seiler, Lukas Wegmüller

#### Konzept

Nicolas Peter

#### Druck

Stämpfli SA, Bern

#### Auflage

2700 dt., 1700 fr.

#### Titelseite

Karin Gugger (Layout), Nebs (Illustrationen)

#### Postkonto

30-9024-9 | CH14 0900 0000 3000 9024 9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben von europa.ch zu inserieren, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter info@europa.ch.

## SURFEN

### Milliarden-Sprühregen ohne Schlagzeilen

Die über 60-jährige Europäische Investitionsbank (EIB), die den EU-Ländern gemeinsam gehört, schafft es selten in die Medien, ist aber der grösste multinationale Geldgeber der Welt. 2019 hat sie je rund 50 Mrd. Euro in Infrastrukturprojekte (v.a. Umwelt- und Klimaschutz) investiert und am Kapitalmarkt neu aufgenommen. Zur EIB-Gruppe gehören auch der auf KMU spezialisierte Europäische Investitionsfonds (EIF) und der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Das Online-Dokument «Zahlen und Fakten» gibt eine interessante Übersicht. (sp)

<https://www.eib.org/de/publications/the-eib-group-facts-and-figures-2019>

### Eldorado für Tüftler, Start-up-Nerds und Neugierige

Im Rahmen ihrer langjährigen Forschungsprogramme hat die EU schon unzählige Projekte aus allen möglichen Wissensgebieten (mit)finanziert. Der ganze Schatz an Informationen über diese Arbeiten, an denen die hellsten Köpfe aus ganz Europa mitgewirkt haben, wird unter dem Stichwort «Cordis» zentral verwaltet und ist online frei zugänglich. Wer immer neugierig genug ist, kann stundenlang durch diese Projektbeschriebe und Magazine wandeln und sich – wer weiss? – vielleicht zu einem eigenen Vorhaben inspirieren lassen. (sp)

[www.cordis.europa.eu/de](http://www.cordis.europa.eu/de)



**Velum.** Für mehr Ruhe und Konzentration im Open Space Office. Design: Atelier Oi

